



ILS Essen GmbH  
Landschaftsplanung

**Höchstspannungsleitung  
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom  
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu  
§ 1 Abs. 1 BBPlG ("Ultraset")  
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik  
(HGÜ)**

**Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das  
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt  
Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz**

Register 21

**Sonstige geschützte Teile von Natur und Landschaft**

Auftraggeber

**Amprion GmbH  
Dortmund**

Juni 2024

**Vorhabenträgerin:**

**Amprion GmbH**

Robert-Schuman-Str. 7  
44263 Dortmund

Ansprechpartnerin:

Susanne Ende  
Netzprojekte  
Gleichstrom-Netzprojekte Ultramet  
Info-Hotline: 0800 – 5895 2473  
E-Mail: [ultranet@amprion.net](mailto:ultranet@amprion.net)

**Gutachterbüro:**

Institut für Landschaftsentwicklung  
und Stadtplanung (ILS Essen GmbH)  
Frankenstr. 332  
45133 Essen

Bearbeitung:

Dipl.-Ökol. Gudrun Christiansen  
Dipl.-Ing. Joachim Weiland  
M. Sc. Biodiv. u. Ökol. Antje Kieburg  
Dipl.-Umweltwiss. Judith Schonnefeld

## Inhaltsverzeichnis

1.	Veranlassung .....	4
2.	Rechtliche Vorgaben .....	5
3.	Vorhaben.....	7
3.1	Atypischer Sonderfall.....	7
3.2	Überwiegendes öffentliches Interesse an der Umsetzung des Vorhabens.....	7
3.3	Naturschutzgebiete.....	7
3.3.1	Pöntertal.....	7
3.4	Landschaftsschutzgebiete .....	11
3.4.1	Rhein-Ahr-Eifel .....	11
3.5	Naturdenkmäler .....	15
3.6	Geschützte Landschaftsbestandteile .....	15
3.7	Nationalparke .....	15
3.8	Nationale Naturmonumente.....	15
3.9	Naturparke .....	16
3.10	Biosphärenreservate .....	16
3.11	Gesetzlich geschützte Biotope .....	16
3.12	Biotopverbundflächen.....	20
4.	Erforderliche Anträge (Zusammenfassung) .....	22
5.	Literaturverzeichnis .....	23

## 1. Veranlassung

Die Amprion GmbH hat am 26. Juli 2022 den Antrag nach § 19 NABEG auf Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb einer  $\pm 380$ -kV-Freileitung in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) sowie den temporären Drehstrombetrieb derselben in dem ca. 43,7 km langen Abschnitt „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“ des Gesamtvorhabens „Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“ gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG bei der Bundesnetzagentur gestellt.

Gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43c EnWG, § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG wird durch die Planfeststellung die Zulässigkeit des Vorhabens (hier: des Abschnitts „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“) einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle berührten öffentlich-rechtlichen Belange festgestellt. Vorliegend sind jedoch keine Folgemaßnahmen an anderen Anlagen notwendig (vgl. Register 1, Kap. 7).

Im hier vorliegenden Register 21 „Sonstige geschützte Teile von Natur und Landschaft“ werden als Teil der Planfeststellungsunterlagen alle geschützten Teile von Natur und Landschaft (ausgenommen Natura 2000) angesprochen und die erforderlichen Anträge auf Genehmigung, Ausnahme oder Befreiung detailliert begründet. Dabei wird das beantragte Vorhaben berücksichtigt (vgl. Erläuterungsbericht, Register 1, Kap. 1).

## 2. Rechtliche Vorgaben

Gemäß § 22 Abs. 1 BNatSchG erfolgt „Die Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft [...] durch Erklärung. Die Erklärung bestimmt den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die zur Erreichung des Schutzzwecks notwendigen Gebote und Verbote, und, soweit erforderlich, die Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen oder enthält die erforderlichen Ermächtigungen hierzu. Schutzgebiete können in Zonen mit einem entsprechend dem jeweiligen Schutzzweck abgestuften Schutz gegliedert werden; hierbei kann auch die für den Schutz notwendige Umgebung einbezogen werden.“

In Rheinland-Pfalz erfolgt gemäß § 12 Abs. 1 LNatSchG RLP die Ausweisung besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft und die Bestimmung der jeweiligen Gebote und Verbote für diese Schutzobjekte durch Rechtsverordnung.

Ferner sind die Begrifflichkeiten für Nationalparke und Nationale Naturmonumente in § 22 Abs. 5 BNatSchG festgelegt: „Die Erklärung zum Nationalpark oder Nationalen Naturmonument einschließlich ihrer Änderung ergeht im Benehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.“

Die Vorschrift des § 67 BNatSchG eröffnet die Möglichkeit, von den Geboten und Verboten des Bundesnaturschutzgesetzes und dem Naturschutzrecht der Länder (im vorliegenden Vorhaben also nach dem Naturschutzrecht des Landes Rheinland-Pfalz) für besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft nach in atypisch gelagerten Einzelfällen aufgrund einer Einzelfallprüfung Befreiungen zu erteilen.

Ein Antrag ist Voraussetzung für die Einleitung eines Verwaltungsverfahrens über die Erteilung einer Befreiung. Der Antrag kann formfrei gestellt werden, bedarf aber zur Prüfung, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, einer detaillierten Begründung.

Die Erteilung einer Befreiung kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn sie in einem atypischen Sonderfall aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist (§ 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG).

Nach der Rechtsprechung müssen insoweit zwei Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt sein: Ein atypischer Sonderfall und eine Abwägungsentscheidung zugunsten eines überwiegenden öffentlichen Interesses (vgl. BVerwG, Beschl. v. 20.2.2002 – 4 B 12/02, juris Rn. 3; VGH Baden-Württemberg, Urt. v. 13.10.2005 – 3 S 2521/04, juris Rn. 46).

Ein atypischer Sonderfall liegt vor, wenn es sich um einen Sachverhalt handelt, der zum Zeitpunkt der Erlassung der Norm, die das jeweilige Gebot oder Verbot aufstellt, vom Normgeber nicht betrachtet wurde. Eine Befreiung aufgrund überwiegender öffentlicher Interessen kommt daher insoweit nicht in Betracht, als der Normgeber diese bereits abstrakt oder sogar konkret vorhergesehen und dennoch nicht von der Anwendung der Norm ausgenommen hat (vgl. Teßmer in: BeckOK UmweltR, BNatSchG, 65. Ed. 1.1.2022, § 67 Rn. 8). Es muss ein besonderes, nicht abschätzbares Gemeininteresse eine Randkorrektur der Regelung erfordern (vgl. Sauthoff in: Schlacke, BNatSchG, 2. Aufl. 2017, § 67 Rn. 14.).

Im öffentlichen Interesse (§ 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) liegen beispielsweise Maßnahmen zur Verkehrssicherung, zur Erhaltung von Arbeitsplätzen, sowie zur Förderung von Kunst, Kultur und

Wissenschaft. Auch Maßnahmen der Energiegewinnung und Energieversorgung, der Abfallentsorgung, der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur etc. liegen im öffentlichen Interesse, ebenso wie der Ausbau regenerativer Energien (vgl. OVG Münster, Urt. v. 21.04.2020 – 8 A 311/19, BeckRS 2020, 9117 Rn. 45; OVG Lüneburg, Urt. v. 22.11.2012 – 12 LB 64/11, ZfBR 2013, 162 (167); VG Minden, Urt. v. 22.10.2014 – 11 K 2096/13, juris Rn. 46). Gemäß § 1 Absatz 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG), das den Ausbau der länderübergreifenden und grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen beschleunigen soll, ist die Realisierung von Stromleitungen aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich.

Anträge auf Befreiungen gemäß § 67 BNatSchG sind im Einzelnen dahingehend zu begründen, inwieweit das öffentliche Interesse an der Realisierung des Vorhabens das Integritätsinteresse an den geschützten Teilen von Natur und Landschaft überwiegt. Zu berücksichtigen sind dabei u. a.:

- der Schutzgegenstand und der Schutzzweck nach Maßgabe der Erklärung i. S. v. § 22 Abs. 1 BNatSchG,
- ggf. die Bedeutung des Gebietes für den betreffenden Schutzgegenstand und Schutzzweck im europäischen, nationalen und ggf. regionalen Kontext,
- etwaige Vorbelastungen im Gebiet,
- die durch das Vorhaben verletzten Gebote und Verbote,
- das Ausmaß der Beeinträchtigungen in qualitativer, quantitativer und zeitlicher Hinsicht, die infolge der Befreiung gemäß § 67 BNatSchG zu erwarten sind; insbesondere ist darzulegen, inwieweit der Schutzgegenstand und der Schutzzweck von den Beeinträchtigungen betroffen sind,
- die Bedeutung der betroffenen Schutzgüter (Grad der Gefährdung oder Erhaltungszustand),
- ggf. die Entwicklungsdynamik und Wiederherstellungspotenziale der betroffenen Schutzgüter,
- die Funktionserfüllung des Gebietes ggf. trotz Befreiung sowie
- Vermeidungs-, Minderungs-, Wiederherstellungs- bzw. Ausgleichsmaßnahmen.

Darüber hinaus eröffnen die in Rede stehenden Rechtsverordnungen der Schutzgebiete selbst die Möglichkeit, auf Antrag eine Befreiung von den Verboten zu erlangen. Gemäß § 5 Abs. 1 der Rechtsverordnung (RVO) vom 18. Mai 2016 (NSG „Pöntertal“, vgl. Kap. 3.3.1) sind bestimmte Handlungen von den in § 4 aufgestellten Verboten ausgenommen. Darüber hinaus kann nach Absatz 3 von den Verbotsbestimmungen des § 4 nach Maßgabe des § 67 BNatSchG im Einzelfall auf Antrag Befreiung gewährt werden. Im LSG „Rhein-Ahr-Eifel“ (vgl. Kapitel 3.4.1) sind die in § 4 Abs. 1 und 2 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rhein-Ahr-Eifel“ vom 23. Mai 1980 genannten Maßnahmen ohne Genehmigung der oberen (Abs. 1) bzw. unteren (Abs. 2) Landschaftspflegebehörde verboten. Die Genehmigung nach den Absätzen 1 und 2 kann gemäß Absatz 3 nur versagt werden, wenn die Maßnahme dem Schutzzweck (§ 3) zuwiderläuft und die Beeinträchtigung des Schutzzwecks nicht durch Bedingungen oder Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann. Das gleiche gilt, wenn ein planerischer Nachweis für im Einzelfall erforderliche Verhütungs- oder Ausgleichsmaßnahmen nicht erbracht wird.

### **3. Vorhaben**

#### **3.1 Atypischer Sonderfall**

Bei der Realisierung des Vorhabens, das dem Ausbau und der Verstärkung des Stromübertragungsnetzwerks dient, handelt es sich um einen Sachverhalt, der zum Zeitpunkt der Ausweisung der geschützten Teile von Natur und Landschaft in seinen Dimensionen noch nicht absehbar war. Insbesondere waren damals noch nicht das Ausmaß und die Dringlichkeit der Maßnahmen zur Beschleunigung der Energiewende, wie sie u. a. im NABEG beschrieben werden, vorhersehbar. Die Vollziehung einer schnellen Energiewende, inklusive aller Maßnahmen, die diesem Zweck dienlich sind – wie die Realisierung des Vorhabens – stellen ein nicht abschätzbares Gemeininteresse dar, das eine Randkorrektur der Regelung erfordert. Das Vorhaben ist deswegen als atypischer Sonderfall im unter Kapitel 2 genannten Sinne anzusehen.

#### **3.2 Überwiegendes öffentliches Interesse an der Umsetzung des Vorhabens**

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes dient, ist in Kapitel 2.4 „Planrechtfertigung“ im Erläuterungsbericht (Register 1) der Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren dargelegt und begründet. Dieses Interesse überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der im Folgenden aufgeführten Ge- und Verbote der betroffenen Schutzgebiete. Unter Berücksichtigung der vorgesehenen Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen werden die Auswirkungen auf die betroffenen Schutzgebiete zudem weitestgehend gemindert. Die Schutzgebiete bleiben trotz einer gewissen bauzeitlichen Inanspruchnahme durch das Vorhaben in ihrer Funktion erhalten. Vorbehaltlich der fachlichen Stellungnahmen der zuständigen Naturschutz- bzw. Landschaftsschutzbehörden im Rahmen der Behördenbeteiligung, sind aus den derzeit vorliegenden Informationen über die betroffenen Schutzgebiete jedenfalls keine besonders hervorzuhebenden Gründe ersichtlich, die das öffentliche Interesse an der Realisierung des Vorhabens überwiegen. Zudem ordnet § 1 Absatz 2 NABEG die Realisierung von Stromleitungen in Bezug auf die Beschleunigung des Ausbaus der Übertragungsnetzwerke als überragendes öffentliches Interesse ein. Das spricht ebenfalls für das Überwiegen des öffentlichen Interesses an der Umsetzung des Vorhabens gegenüber dem öffentlichen Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der Ge- und Verbote der betroffenen Schutzgebiete.

#### **3.3 Naturschutzgebiete**

Naturschutzgebiete (NSG) werden gemäß § 23 BNatSchG zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Biotopen bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, landeskundlichen oder erdgeschichtlichen Gründen oder wegen der Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit einer Fläche oder eines Landschaftsbestandteils festgesetzt.

Nachfolgend werden die vom Vorhaben betroffenen NSG dargestellt, etwaige Auswirkungen und Konflikte identifiziert und notwendige Anträge begründet.

##### **3.3.1 Pöntertal**

Das NSG „Pöntertal“ (NSG-7100-307) ist ca. 158 ha groß und liegt in den Gemarkungen Eich und Kell der Stadt Andernach. Der geplante Trassenverlauf quert das Schutzgebiet im Teilabschnitt „Landesgrenze Mast 99 – Weißenthurm West“ (Bl. 4197) (siehe Karte 5.2.1 Blatt 14 in Anhang A von Register 17).

Die Unterschutzstellung als NSG erfolgte zur Erhaltung und Entwicklung des Pöntertales als Standort seltener, in ihrem Bestand bedrohter wildwachsender Pflanzen und Pflanzengesellschaften sowie als Lebensraum seltener, in ihrem Bestand bedrohter Tierarten (vgl. § 3 RVO vom 18. Mai 2016).

Gemäß der vorhabenbezogenen Biotoptypenkartierung liegen im Gebiet Trockene Eichen-Hainbuchenwälder neben Schlucht-/Hangschuttwäldern (u. a. Eichen-Hangschuttwald) in einer mittleren Ausprägung vor. Der Pönterbach wurde als ein natürliches und naturnahes Fließgewässer kartiert, das von Fließgewässer begleitendem Erlen- und Eschenwald in einer alten Ausprägung eingefasst wird.

### **Schutzgebietsverordnung**

Für das NSG „Pöntertal“ (NSG-7100-307) lauten die Verbote der Rechtsverordnung (RVO vom 18. Mai 2016), die für das Vorhaben relevant sein können, wie folgt:

#### **§ 4:**

(1) Im Naturschutzgebiet sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können oder die geeignet sind, den besonderen Schutzzweck zu gefährden, verboten.

Insbesondere sind folgende Handlungen verboten:

3. Leitungen aller Art über oder unter der Erdoberfläche zu errichten oder zu verlegen,
6. Abfallbeseitigungsanlagen, Materiallagerplätze einschl. Schrottplätze oder Autofriedhöfe anzulegen,
7. feste oder flüssige Abfälle abzulagern, Autowracks abzustellen oder das Schutzgebiet sonst zu verunreinigen,
9. Bodenbestandteile einzubringen oder abzubauen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern,
14. Flächen aufzuforsten, die vorher nicht mit Wald bestockt waren,
17. Wald zu roden,
18. Landschaftsbestandteile wie Feldgehölze, Baumgruppen oder Einzelbäume, Hecken, Röhricht- oder Schilfbestände zu beseitigen oder zu beschädigen,
19. wildwachsende Pflanzen aller Art zu entfernen, abzubrennen oder zu beschädigen, ausgenommen ist die Entnahme von Feld- und Waldfrüchten für den nicht gewerblichen Bedarf in haushaltsüblichen Kleinmengen, sofern diese nicht auf der jeweils aktuellen Roten Liste der gefährdeten Arten geführt sind,
20. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen,
21. wildlebende Tiere am Bau, im Nest- oder Ruhebereich zu fotografieren, zu filmen, dort Tonaufnahmen herzustellen oder den Brutablauf oder die Jungenaufzucht auf andere Weise zu stören,
22. gebietsfremde Tiere, Pflanzen- oder vermehrungsfähige Pflanzenteile einzubringen,



23. Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder ihre Ufer und Flachwasserzonen zu verändern oder auf sonstige Weise in den Wasserhaushalt einzugreifen,
27. mit Fahrzeugen aller Art außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen oder Wegen zu fahren,

## **§ 5:**

- (1) § 4 ist nicht anzuwenden auf Handlungen, die erforderlich sind:
  6. für die Unterhaltung, Wartung und Reparatur von Anlagen der Energieversorgung, sofern die erforderlich werdenden Maßnahmen vor Ausführung im Einvernehmen mit der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden,
  7. für den Rückbau und die Neuerrichtung von Masten der Hochspannungsfreileitung innerhalb des derzeitigen Trassenverlaufes, sofern die dabei erforderlich werdenden Maßnahmen vor Ausführung im Einvernehmen mit der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden,
- (3) Von den Verbotsbestimmungen des § 4 kann nach Maßgabe des § 67 Bundesnaturschutzgesetz im Einzelfall auf Antrag Befreiung gewährt werden.

## **Vorbelastungen**

Das Schutzgebiet ist bereits durch die Nähe zum Ortsbezirk Kell (Stadt Andernach) sowie die durch das Gebiet verlaufende Kreisstraße K 58 vorbelastet. Zudem liegen im unmittelbaren Umfeld die Gewerbeflächen von „Tönissteiner Sprudel“. Entsprechend bestehen visuelle, akustische und schadstoffbezogene Beeinträchtigungen. Die Kreisstraße stellt eine Barriere für Tiere dar.

Im Norden des Gebiets verlaufen die bestehenden Hochspannungsfreileitungen 380-kV-Ltg. Brauweiler – Koblenz (Bl. 4511) und 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem (Bl. 4197) sowie die 110-kV-Bahnstromleitung Koblenz – Remagen (Nr. 0445). Das geplante Vorhaben wird in der Trasse der 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem, Bl. 4197 umgesetzt. Die Länge des geplanten Trassenverlaufs im Naturschutzgebiet beträgt ca. 990 m.

Die vorgenannten Leitungen stellen eine visuelle Vorbelastung für das Schutzgebiet dar, wobei diese durch die Sichtverschattung des umgebenden Waldes und z. T. durch die Geländeverhältnisse vor Ort nur im Nahbereich wahrnehmbar ist. Grundsätzlich besteht durch die bestehenden Leitungen auch ein Kollisionsrisiko für kollisionsgefährdete Vogelarten.

Innerhalb des Bestandsschutzstreifens der Bestandsleitungen (durchschnittlich ca. 25 - 30 m beidseits der Trassenachse) bestehen Aufwuchsbeschränkungen für Gehölze, um den sicheren Betrieb der Leitung zu gewährleisten. Sämtlicher Bewuchs, der die Leitung gefährden oder beeinträchtigen könnte, kann erforderlichenfalls von der Vorhabenträgerin innerhalb des Schutzstreifens entfernt werden.

## **Geplante Maßnahme**

Innerhalb des Naturschutzgebietes befindet sich, bezogen auf das hier gegenständliche Vorhaben, als einziger Mast der Bestandsmast Nr. 33 der Bl. 4197. Dieser wird nicht verändert. Es ist lediglich vorgesehen, an diesem Mast die Isolatoren zu tauschen (siehe Karte 5.2.1 Blatt 14 in Anhang A von Register 17). Im Planungszustand wird somit nicht mehr Fläche (durch ein Mastgeviert) dauerhaft beansprucht als im bestehenden Zustand. Es werden lediglich eine temporäre Baustelleneinrichtungsfläche am Maststandort (ca. 300 m<sup>2</sup>) und eine temporäre Zuwegung zum

Maststandort (ca. 118 m Länge x 3,5 m Breite = ca. 413 m<sup>2</sup>) beansprucht, durch die es zur Beseitigung von Vegetation innerhalb und außerhalb des Schutzstreifens kommen kann. Eine Umbeseilung findet nicht statt.

### **Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgebiet**

Im Zuge des Vorhabens werden Anpassungen an der bestehenden Leitung Bl. 4197 vorgenommen. Da der Bestandsmast Nr. 33 in seinem Erscheinungsbild nicht verändert wird, liegt keine Veränderung in Bezug auf die Sichtbarkeit des Mastes / der Leitung oder das Kollisionsrisiko im Vergleich zur Bestandssituation vor, die Auswirkungen auf den Charakter und die Funktion des Schutzgebiets haben könnte.

Bauzeitlich sind für die technischen Anpassungen des Mastes Nr. 33 eine Baustelleneinrichtungsfläche sowie eine temporäre Zuwegung herzustellen. Die kurzzeitige temporäre Flächeninanspruchnahme betrifft Kahlschläge und Fluren der Lichtungen sowie einen unbefestigten Weg. Diese Biotoptypen werden nach Abschluss der Baumaßnahmen wiederhergestellt, so dass die Flächen wie bisher genutzt und bewirtschaftet werden können. Laut der Vorhabenträgerin werden für den Teilabschnitt „Landesgrenze Mast 99 – Weißenthurm West“ (Bl. 4197) keine vorhabenbedingten Gehölzentfernungen erforderlich (vgl. Erläuterungsbericht, Register 1, Kap. 5.4.2). Die in den Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen ragenden Gebüsch werden entsprechend nicht beansprucht. In Deutschland oder Rheinland-Pfalz gefährdete Pflanzenarten wurden im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen von Mast 33 nicht im Zuge der durchgeführten Kartierungen nachgewiesen.

Die temporären Baustelleneinrichtungsflächen des betroffenen Mastes werden auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Diese Flächen werden während der Baumaßnahme temporär nur für wenige Tage in Anspruch genommen und nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder (in ihren ursprünglichen Zustand) hergestellt. Baugruben oder Bohrungen sind für den Isolatoren-tausch nicht erforderlich. Demzufolge liegt keine dauerhafte Veränderung der Bodengestalt vor, die das NSG und dessen Charakter langfristig verändern könnte. Schädlichen Bodenveränderungen und -verunreinigungen wird durch einen ordnungsgemäßen Baubetrieb und durch das Ergreifen bodenbezogener Vermeidungsmaßnahmen vorgebeugt (vgl. Maßnahmenplanung in Register 18). Vor dem Hintergrund der kurzen Dauer der Arbeiten und der geringen Flächeninanspruchnahme ohne wesentlichen Eingriff in Vegetationsbestände ist das Verletzen oder Töten von Tieren nicht zu erwarten. Da jedoch einzelne Vogelarten Nester / Horste auf Masten beziehen und diese vor dem Brutgeschäft für die Arbeiten am Mast ggf. zu entfernen sind, kann eine Beschädigung oder ein Verlust von Fortpflanzungsstätten nicht ausgeschlossen werden.

Durch die Baumaßnahmen und den hieraus bedingten Baustellenverkehr entstehen bauzeitliche Emissionen (Lärm, Licht, Schadstoffe, Erschütterungen). Temporäre Beeinträchtigungen der Fauna des Gebietes können im Zusammenhang mit dem Isolatorentausch auftreten, wobei diese zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Charakters des Schutzgebiets sowie dessen Funktion ist damit nicht verbunden.

Mit der geplanten Maßnahme wird gegen folgende Verbote verstoßen:

- 20, 21 und 27.

Durch die Anlage einer bauzeitlichen Arbeitsfläche und Zuwegung (Baustellenbetrieb/-verkehr, Störung von Tierarten, Entnahme von Nestern) verstößt das Vorhaben gegen oben genannte Verbote.

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 6 der RVO gelten die Verbote jedoch nicht für Unterhaltungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten an Anlagen der Energieversorgung, sofern die Maßnahmen mit der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden. Der hier vorzunehmende Isolatorentausch entspricht einer klassischen Unterhaltungs-, Wartungs- und Reparaturarbeit. Die Obere Naturschutzbehörde wird im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens beteiligt. Da die Ausnahme gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 7 sogar für die Neuerrichtung von Masten innerhalb des bestehenden Trassenverlaufs gilt, treffen die benannten Verbote nicht zu, soweit die Abstimmung mit der zuständigen Behörde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erfolgt.

### **Antrag auf Befreiung**

Obleich keine relevante, dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgebiets, dessen Charakters und Schutzzwecks zu erwarten ist, **wird hilfsweise für den Fall, dass die nach § 5 Abs. 1 Nr. 6, 7 der RVO über das NSG „Pöntertal“ erforderliche Abstimmung mit der oberen Naturschutzbehörde vor Ausführung der erforderlichen Maßnahmen nicht im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde möglich ist, aufgrund der geplanten Maßnahmen eine Befreiung für die Verbote des § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 20, 21 und 27 der RVO über das NSG „Pöntertal“ nach § 5 Abs. 3 der RVO über das NSG „Pöntertal“ i. V. m. § 67 BNatSchG beantragt.**

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich, auch aufgrund der Unvorhersehbarkeit der zur Realisierung der Energiewende erforderlichen Maßnahmen, um einen atypischen Sonderfall (siehe Kapitel 3.1).

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, insbesondere dem beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, dient, überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der rechtlichen Vorgaben der Rechtsverordnung des in Rede stehenden Schutzgebiets.

## **3.4 Landschaftsschutzgebiete**

Landschaftsschutzgebiete (LSG) werden auf Grundlage des § 26 BNatSchG zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung festgesetzt.

Nachfolgend werden die vom Vorhaben betroffenen LSG dargestellt, etwaige Auswirkungen und Konflikte identifiziert und notwendige Anträge gestellt.

### **3.4.1 Rhein-Ahr-Eifel**

Das Landschaftsschutzgebiet „Rhein-Ahr-Eifel“ (LSG-7100-0004), mit einer Gesamtgröße von ca. 92.536 ha, umfasst die Gebiete der Verbandsgemeinden Adenau, Altenahr, Bad Breisig, Brohltal, Gebietsteile der Gemeinde Grafschaft die Gebiete der Städte Bad Neuenahr-Ahrweiler, Remagen, Sinzig (Landkreis Ahrweiler) und Gebietsteile der Verbandsgemeinden Andernach-Land, Mayen-Land, Mendig und der Städte Mayen und Andernach (Landkreis Mayen-Koblenz). Das Schutzgebiet wird vom geplanten Trassenverlauf im Teilabschnitt „Landesgrenze Mast 99 – Weißenthurm West“ (Bl. 4197) gequert (siehe Karte 5.2.1 Blätter 4-17 in Anhang A von Register 17).

Die Unterschutzstellung als LSG erfolgte zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, zur Bewahrung und Pflege der Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes im Bereich

der vulkanischen Osteifel mit dem Ahr- und Rheintal, zur nachhaltigen Sicherung des Erholungswertes sowie zur Verhinderung und Beseitigung von Landschaftsschäden im Bereich des Tagebaus (vgl. § 3 RVO vom 23. Mai 1980).

### **Schutzgebietsverordnung**

Für das LSG „Rhein-Ahr-Eifel“ (LSG-7100-0004) lauten die Verbote der Rechtsverordnung (RVO vom 23. Mai 1980), die für das Vorhaben relevant sein können, wie folgt:

#### **§ 4:**

(2) Im Landschaftsschutzgebiet sind ohne Genehmigung der unteren Landespflegebehörde die folgenden Maßnahmen verboten:

4. das Verändern der bisherigen Bodengestalt durch Abgraben, Auffüllen oder Aufschütten ab 2 m Höhe oder 1 m Tiefe und mit einer Grundfläche ab 100 m<sup>2</sup>;
5. das Herstellen, Beseitigen oder Umgestalten eines Gewässers oder seiner Ufer einschließlich der Anlage von Fischteichen;
6. das Verändern von Feuchtgebieten;
7. das Errichten von Energiefreileitungen oder sonstigen freien Tragleitungen sowie Bergbahnen (§ 2 Abs. 2 des Landeseisenbahngesetzes) einschließlich von Seil- und Kabinenbahnen;
9. das Anlegen oder Erweitern von Materiallagerplätzen (einschließlich Schrottplätzen und Autofriedhöfen);
12. das Beseitigen oder Beschädigen bedeutsamer Landschaftsbestandteile, wie Feldgehölze, Teiche, Rohr- oder Riedbestände oder Felsen;
13. das Roden von Wald;
14. das Erstaufforsten von Flächen;

(3) Die Genehmigung nach den Absätzen 1 und 2 kann nur versagt werden, wenn die Maßnahme dem Schutzzweck (§ 3) zuwiderläuft und die Beeinträchtigung des Schutzzwecks nicht durch Bedingungen oder Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann. Das gleiche gilt, wenn ein planerischer Nachweis für im Einzelfall erforderliche Verhütungs- oder Ausgleichmaßnahmen nicht erbracht wird.

(4) Die Genehmigung nach den Absätzen 1 und 2 wird durch die nach anderen Rechtsvorschriften notwendige behördliche Zulassung ersetzt, wenn die nach den Absätzen 1 und 2 zuständige Landespflegebehörde vor der Zulassung beteiligt worden ist und ihr Einverständnis erklärt hat.

(5) Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn für eine in den Absätzen 1 und 2 genannte Maßnahme von überörtlicher Bedeutung in einem raumplanerischen Verfahren nach § 18 des Landesplanungsgesetzes unter Beteiligung der nach den Absätzen 1 und 2 zuständigen Landespflegebehörde die Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung festgestellt oder diese Übereinstimmung von der Berücksichtigung landespflegerischer Auflagen oder Bedingungen abhängig gemacht worden ist.

## **Vorbelastungen**

Aufgrund der Größe des Gebiets sind die einzelnen Vorbelastungen nicht detailliert darzulegen. Das Gesamtgebiet umfasst grundsätzlich Siedlungs- und Gewerbebereiche sowie dazugehörige Infrastruktur. Im vom Vorhaben betroffenen Bereich verlaufen die Autobahnen A 61, A 571 sowie die Bundesstraßen B 266 und B 412. Die Hauptverkehrswege stellen Barrieren für Mensch und Tier dar. Ebenso verlaufen zahlreiche bestehende Hochspannungsfreileitungen durch das Landschaftsschutzgebiet. Im vom Vorhaben betroffenen Bereich verlaufen die 110-/380-kV-Ltg. Weißenthurm – Sechtem (Bl. 4197), 380-kV-Ltg. Brauweiler - Koblenz (Bl. 4511), 110-kV-Ltg. Anschluss Sinzig (Bl. 0227) und 110-kV-Bahnstromleitung Koblenz – Remagen (Nr. 0445). Das geplante Vorhaben wird in der Trasse der 110-/380-kV-Ltg. Weißenthurm – Sechtem, Bl. 4197 umgesetzt. Die Länge des geplanten Trassenverlaufs im Landschaftsschutzgebiet beträgt ca. 21,9 km.

Die vorgenannten Leitungen stellen hauptsächlich eine visuelle Vorbelastung für das Schutzgebiet dar, wobei diese durch die Sichtverschattung des umgebenden Waldes und z. T. durch die Geländeverhältnisse vor Ort nur im Nahbereich wahrnehmbar ist. Innerhalb des Bestandsschutzstreifens der Leitungen (durchschnittlich ca. 25 - 30 m beidseits der Trassenachse) bestehen Aufwuchsbeschränkungen für Gehölze, um den Betrieb der Leitung zu gewährleisten. Sämtlicher Bewuchs, der die Leitung gefährden oder beeinträchtigen könnte, kann erforderlichenfalls von der Vorhabenträgerin innerhalb des Schutzstreifens entfernt werden.

Insgesamt sind mit den genannten Nutzungen Emissionen (v. a. Lärm, Licht, Schadstoffe) verbunden, die als Vorbelastungen zu bewerten sind.

## **Geplante Maßnahmen**

Innerhalb des Landschaftsschutzgebietes befinden sich, bezogen auf das hier gegenständliche Vorhaben, insgesamt 67 Bestandsmasten (Nr. 83 bis Nr. 17 der Bl. 4197). Alle 67 Masten werden nicht verändert. Es ist lediglich vorgesehen, an diesen Masten die Isolatoren zu tauschen (siehe Karte 5.2.1 Blätter 4-17 in Anhang A von Register 17). Im Planungszustand wird somit nicht mehr Fläche (durch ein Mastgeviert) dauerhaft beansprucht als im bestehenden Zustand. Es werden lediglich temporäre Baustelleneinrichtungsflächen am Maststandort (jeweils ca. 300 m<sup>2</sup>) sowie für einzelne Provisorien (im LSG insgesamt vier Arbeitsflächen für Baueinsatzkabel im Bereich der Maste 81, 66, 63, 49; variierende Flächengröße) und temporäre Zuwegung zu den Arbeitsflächen (variierende Länge, 3,5 m Breite) beansprucht, durch die es zur Beseitigung von Vegetation innerhalb und außerhalb des Schutzstreifens kommen kann. Eine Umbeseilung findet nicht statt.

## **Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgebiet**

Im Zuge des Vorhabens werden Anpassungen an der bestehenden Leitung Bl. 4197 vorgenommen. Da die 67 im Gebiet befindlichen Bestandsmasten in ihrem Erscheinungsbild nicht verändert werden, liegt in Bezug auf die Sichtbarkeit der Masten und die Fernwirkung keine Veränderung im Vergleich zur Bestandssituation vor, die Auswirkungen auf den Charakter des Schutzgebiets und dessen Erholungsfunktion haben könnte.

Bauzeitlich sind für die technischen Anpassungen der Masten und für die vier Provisorien temporäre Baustelleneinrichtungsflächen herzustellen. Die temporäre Flächeninanspruchnahme betrifft Offenlandbiotope (überwiegend landwirtschaftliche Nutzflächen, Anteil von über 75 %). Feuchtgebiete, Gewässer, Felsen, Rohr- oder Riedbestände werden hierbei nicht beansprucht. Die Offenlandbiotope werden nach Abschluss der Baumaßnahmen wiederhergestellt, sodass die Flächen wie bisher genutzt und bewirtschaftet werden können. Laut der Vorhabenträgerin werden

für den Teilabschnitt „Landesgrenze Mast 99 – Weißenthurm West“ (Bl. 4197) keine vorhabenbedingten Gehölzentfernungen erforderlich (vgl. Erläuterungsbericht, Register 1, Kap. 5.4.2). Die im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen liegenden Baumbestände oder Gebüsche werden entsprechend nicht beansprucht. Da kein Gehölzverlust verursacht wird, besteht keine relevante visuelle Beeinträchtigung des Schutzgebietes.

Die temporären Zuwegungen und Arbeitsflächen werden auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Diese Flächen werden während der Baumaßnahme temporär nur für wenige Tage/ Wochen in Anspruch genommen und nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder (in ihren ursprünglichen Zustand) hergestellt. Baugruben oder Bohrungen sind für den Isolatorentausch nicht erforderlich. Demzufolge liegt keine dauerhafte Veränderung der Bodengestalt vor, die das LSG und dessen Charakter langfristig verändert.

Durch die Baumaßnahmen und den hieraus bedingten Baustellenverkehr entstehen bauzeitliche Emissionen (Lärm, Licht, Schadstoffe, Erschütterungen). Temporäre Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion des Gebietes können im Zusammenhang mit dem Isolatorentausch auftreten, wobei diese zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Eine erhebliche dauerhafte Beeinträchtigung des Charakters des Schutzgebiets und dessen Funktion ist damit nicht verbunden.

Mit der geplanten Maßnahme wird gegen folgende Verbote verstoßen:

- Nr.9.

Durch die Anlage temporärer Baustelleneinrichtungsflächen (Lagerung von Baumaterialien, hier: Provisorien in Form von Baueinsatzkabeln) verstößt das Vorhaben gegen oben genannte Verbote.

### **Antrag auf Befreiung**

Ogleich keine relevante, dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgebiets, dessen Charakters und Schutzzwecks zu erwarten ist, **wird aufgrund der geplanten Maßnahmen eine Genehmigung für die Maßnahme des § 4 Abs. 2 Nr. 9 der Rechtsverordnung für das LSG „Rhein-Ahr-Eifel“ (LSG-7100-0004, RVO vom 23. Mai 1980) beantragt.**

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich, auch aufgrund der Unvorhersehbarkeit der zur Realisierung der Energiewende erforderlichen Maßnahmen, um einen atypischen Sonderfall (siehe Kapitel 3.1).

Das öffentliche Interesse an der Umsetzung des Vorhabens, das der Daseinsvorsorge im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, insbesondere dem beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, dient, überwiegt vorliegend das öffentliche Interesse an der uneingeschränkten Beachtung der rechtlichen Vorgaben der Rechtsverordnung des in Rede stehenden Schutzgebiets. Zudem kann gemäß § 4 Abs. 3 der RVO des LSG „Rhein-Ahr-Eifel“ die Genehmigung nach den Absätzen 1 und 2 nur versagt werden, wenn die Maßnahme dem Schutzzweck (§ 3) zuwiderläuft und die Beeinträchtigung des Schutzzwecks nicht durch Bedingungen oder Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann. Das gleiche gilt, wenn ein planerischer Nachweis für im Einzelfall erforderliche Verhütungs- oder Ausgleichmaßnahmen nicht erbracht wird. Im hier vorliegenden Fall ist keine dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgebiets, dessen Charakters und Schutzzwecks zu erwarten.

### **3.5 Naturdenkmäler**

Naturdenkmäler sind gemäß § 28 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur oder entsprechende Flächen bis zu fünf Hektar, deren besonderer Schutz aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit erforderlich ist. Die Beseitigung des Naturdenkmals sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.

Es befinden sich keine Naturdenkmäler im Biototypen-Untersuchungsraum (kurz: UR). Der UR beinhaltet sämtliche Baustelleneinrichtungsflächen des Vorhabens.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

### **3.6 Geschützte Landschaftsbestandteile**

Geschützte Landschaftsbestandteile sind laut § 29 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Teile von Natur und Landschaft; deren besonderer Schutz zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts; zur Belebung, Gliederung oder Pflege des Orts- oder Landschaftsbildes; zur Abwehr schädlicher Einwirkungen oder wegen ihrer Bedeutung als Lebensstätten bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten erforderlich ist.

Es befinden sich keine Geschützten Landschaftsbestandteile im UR.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

### **3.7 Nationalparke**

Nationalparke sind gemäß § 24 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte einheitlich zu schützende Gebiete; die großräumig, weitgehend unzerschnitten und von besonderer Eigenart sind; in einem überwiegenden Teil ihres Gebiets die Voraussetzungen eines Naturschutzgebiets erfüllen und sich in einem überwiegenden Teil ihres Gebiets in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden oder geeignet sind, sich in einen Zustand zu entwickeln oder in einen Zustand entwickelt zu werden, der einen möglichst ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik gewährleistet.

Es befinden sich keine Nationalparke im UR.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

### **3.8 Nationale Naturmonumente**

Nationale Naturmonumente sind gemäß § 24 Abs. 4 BNatSchG rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete; die aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, kulturhistorischen oder landeskundlichen Gründen und wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit von herausragender Bedeutung sind. Nationale Naturmonumente sind wie Naturschutzgebiete zu schützen.

Es befinden sich keine Nationalen Naturmonumente im UR.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

### **3.9 Naturparke**

Naturparke sind gemäß § 27 BNatSchG einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiete, die sich u. a.

- wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen und in denen ein nachhaltiger Tourismus angestrebt wird,
- nach den Erfordernissen der Raumordnung für die Erholung vorgesehen sind und
- der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird.

Naturparke sollen auch der Bildung für nachhaltige Entwicklung dienen.

Sie sind großräumig, und sollen sich überwiegend aus Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten zusammensetzen.

Es befinden sich keine Naturparke im UR.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

### **3.10 Biosphärenreservate**

Biosphärenreservate sind gemäß § 25 BNatSchG einheitlich zu schützende und zu entwickelnde Gebiete, die

- Großräumig und für bestimmte Landschaftstypen charakteristisch sind,
- in wesentlichen Teilen ihres Gebiets die Voraussetzungen eines Naturschutzgebiets, im Übrigen überwiegend eines Landschaftsschutzgebiets erfüllen,
- vornehmlich der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch hergebrachte vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und der darin historisch gewachsenen Arten- und Biotopvielfalt, einschließlich Wild- und früherer Kulturformen wirtschaftlich genutzter oder nutzbarer Tier- und Pflanzenarten, dienen und
- beispielhaft der Entwicklung und Erprobung von die Naturgüter besonders schonenden Wirtschaftsweisen dienen.

Biosphärenreservate dienen, soweit es der Schutzzweck erlaubt, auch der Forschung und der Beobachtung von Natur und Landschaft sowie der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Es befinden sich keine Biosphärenreservate im UR.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

### **3.11 Gesetzlich geschützte Biotope**

Gemäß § 30 Abs. 1 BNatSchG werden bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der in Absatz 2 des Gesetzes aufgeführten Biotope führen können, verboten.

In § 15 LNatSchG RLP werden für Rheinland-Pfalz weitere gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 Abs. 2 Satz 2 des BNatSchG aufgeführt. Gemäß § 15 Abs. 2 LNatSchG RLP ist es abweichend von § 30 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S.



2542), zuletzt geändert durch Artikel 421 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474), verboten, Gesetzlich geschützte Biotope zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder deren charakteristischen Zustand zu verändern.

Innerhalb des UR befinden sich insgesamt 14 Gesetzlich geschützte Biotope, die im Landschaftsinformationssystem der Naturschutzverwaltung RLP (LANIS, vgl. MKUEM, 2023 und Karte 5.2.1 in Anhang A von Register 17) dargestellt werden und mit ihren wesentlichen Informationen sowie ihrer Betroffenheit vom Vorhaben in Tabelle 1 aufgelistet sind. Darüber hinaus werden auf Basis der vorhabenbezogenen Biotoptypenkartierung 16 weitere Flächen in Tabelle 1 aufgeführt, die aufgrund ihrer örtlichen Ausprägung den Anforderungen an Gesetzlich geschützte Biotope entsprechen.

**Tabelle 1: Gesetzlich geschützte Biotope im UR**

<b>Art des Gesetzlich geschützten Biotops</b>	<b>Kennung</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beeinträchtigung durch Wirkfaktoren des Vorhabens [Ja / Nein]</b>
Wärmeliebender Eichenwald	GB-5509-0044-2006	Eichen-Trockenwald süd-östlich-südlich Tönnissteiner Sprudel	Nein
Weiden-Ufergehölz	GB-5409-0365-2010	Ufergehölze an der Ahr bei Heimersheim	Nein
Rasen-Großseggenried	GB-5409-0181-2009	Seggenriede am Frankenbach östlich Franken	Nein
Brachgefallenes Nass- und Feuchtgrünland	GB-5509-0646-2010	Feuchtbrache an der Kläranlage Gönnersdorf	Nein
Sicker-, Sumpfquelle	GB-5509-0128-2006	Quellbereich westlich Kell	Nein
Quellbach	GB-5409-0139-2009	Quellbäche nördlich Autobahn-Rastplatz Harter-scheid	Nein
Mittelgebirgsbach	GB-5408-0102-2010	Bäche zwischen Nierendorf und Heppingen	Nein
Mittelgebirgsbach	GB-5409-0131-2009	Bäche im Umfeld des Forsthauses Dachsbach	Nein
Mittelgebirgsbach	GB-5409-0180-2009	Frankenbach östlich Franken	Nein
Mittelgebirgsbach	GB-5409-0206-2009	Bach westlich Löhndorf	Nein
Mittelgebirgsbach	GB-5409-0658-2010	Frankenbach westlich Oberbreisig	Nein

<b>Art des Gesetzlich geschützten Biotops</b>	<b>Kennung</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beeinträchtigung durch Wirkfaktoren des Vorhabens [Ja / Nein]</b>
Mittelgebirgsbach	GB-5509-0893-2010	Vinxtbach östlich Gönnersdorf	Nein
Mittelgebirgsfluss	GB-5408-0109-2010	Ahr östlich Bad Neuenahr	Nein
Mittelgebirgsfluss	GB-5409-0701-2010	Ahr bei Heimersheim	Nein
Lehm- und Lösswände	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 74 der Bl. 4197)	Nein
Seggen- und binsenreiche Nasswiesen	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 53 der Bl. 4197)	Nein
Wälder und Gebüsche trocken-warmer Standorte	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 53 der Bl. 4197)	Nein
Magere Flachland-Mähwiesen	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 53 der Bl. 4197)	Nein
Magere Flachland-Mähwiesen	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 48 der Bl. 4197)	Nein
Wälder und Gebüsche trocken-warmer Standorte	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 45 der Bl. 4197)	Nein
Seggen- und binsenreiche Nasswiesen	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vor-	Nein

Art des Gesetzlich geschützten Biotops	Kennung	Bezeichnung	Beeinträchtigung durch Wirkfaktoren des Vorhabens [Ja / Nein]
		habenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 44 der Bl. 4197)	
Magere Flachland-Mähwiesen	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 43 und 44 der Bl. 4197)	Nein
Wälder und Gebüsche trocken-warmer Standorte	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 41 der Bl. 4197)	Nein
Kalk- und Kalkhalbtrockenrasen sowie kontinentale Steppenrasen	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 41 der Bl. 4197)	Nein
Natürliche und naturnahe Bereiche fließender Gewässer	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 34 der Bl. 4197, Pönterbach)	Nein
Auenwälder	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 34 der Bl. 4197)	Nein
Schlucht-, Blockhalden- und Hangschuttwälder	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotoptypenkartierung im Bereich von Mast 34 der Bl. 4197)	Nein
Schlucht-, Blockhalden- und Hangschuttwälder	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vor-	Nein

Art des Gesetzlich geschützten Biotops	Kennung	Bezeichnung	Beeinträchtigung durch Wirkfaktoren des Vorhabens [Ja / Nein]
		habenbezogene Biotopypenkartierung im Bereich von Mast 33 der Bl. 4197)	
Lehm- und Lösswände	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotopypenkartierung im Bereich von Mast 324 der Bl. 4502)	Nein
Natürliche und naturnahe Bereiche stehender Gewässer	-	(keine offizielle Ausweisung, Erfassung über vorhabenbezogene Biotopypenkartierung im Bereich von Mast 273 der Bl. 4511)	Nein

Im gesamten Vorhabenbereich sind keine nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 15 LNatSchG RLP gesetzlich geschützten Biotope vom Vorhaben betroffen.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

### 3.12 Biotopverbundflächen

Gemäß § 21 Abs. 1 BNatSchG dient der Biotopverbund der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er soll auch zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes „Natura 2000“ beitragen.

Gemäß § 21 Abs. 3 BNatSchG besteht der Biotopverbund aus Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselementen. Bestandteile des Biotopverbunds sind

1. Nationalparke und Nationale Naturmonumente,
2. Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete und Biosphärenreservate oder Teile dieser Gebiete,
3. geschützte Biotope im Sinne des § 30,
4. weitere Flächen und Elemente, einschließlich solcher des Nationalen Naturerbes, des Grünen Bandes sowie Teilen von Landschaftsschutzgebieten und Naturparks,

wenn sie zur Erreichung des in § 21 Abs. 1 BNatSchG genannten Zieles geeignet sind.

Im Zuge der Aufstellung des Landschaftsprogramms in RLP wurde die Umsetzung des landesweiten naturschutzfachlichen Biotopverbundes durchgeführt und über das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) verbindlich gemacht. Die Flächen des Biotopverbundes gliedern sich in „Kernflächen / Kernzonen“ und „Verbindungsflächen Gewässer“ (vgl. MKUEM, 2023).

Innerhalb des UR befinden sich die folgenden Biotopverbundflächen:

Zwischen den Masten 78 und 77 der Bl. 4197 liegen sowohl Verbindungs- als auch Kernflächen im Bereich des „Ahrtals“ vor (siehe Karte 5.2.1 Blatt 5 in Anhang A von Register 17). Weitere Verbindungsflächen befinden sich im „Vinxtbachtal“ zwischen den Masten 45 und 44 der Bl. 4197 sowie im „Brohlbachtal“ zwischen den Masten 36 und 35 der Bl. 4197 (siehe Karte 5.2.1 Blätter 11-13 in Anhang A von Register 17). Für das Umfeld der „Nette“ und des „Mühlgrabens“ werden weitere Kernflächen dargestellt, die sich zwischen den Masten 5 und 4 der Bl. 4197 im UR befinden (siehe Karte 5.2.1 Blatt 20 in Anhang A von Register 17). Das „Nettetal“ ist auch als Verbindungsfläche gekennzeichnet.

Im gesamten Vorhabenbereich liegen jedoch keine Biotopverbundflächen im Eingriffsbereich des Vorhabens. Beeinträchtigungen von Biotopverbundflächen erfolgen dementsprechend nicht.

Demnach sind keine Anträge auf Befreiung erforderlich.

#### **4. Erforderliche Anträge (Zusammenfassung)**

Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten gemäß der Rechtsverordnung vom 18. Mai 2016 wird für das Naturschutzgebiet „Pöntertal“ (NSG-7100-307) beantragt.

Ein Antrag auf Befreiung von den Verboten gemäß der Rechtsverordnung vom 23. Mai 1980 wird für das Landschaftsschutzgebiet „Rhein-Ahr-Eifel“ (LSG-7100-0004) beantragt.

## 5. Literaturverzeichnis

### Rechtsvorschriften

**BBPlG** Gesetz über den Bundesbedarfsplan (Bundesbedarfsplangesetz) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 133) geändert worden ist.

**BNatSchG** Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist.

**EnWG** Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist.

**LBauO RLP** Landesbauordnung Rheinland Pfalz vom 24. November 1998 (GVBl. 1998 S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.12.2022 (GVBl. S. 403).

**LNatSchG RLP** Landesnaturschutzgesetz von Rheinland-Pfalz vom 06. Oktober 2015 (GVBl. 2015 S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 287).

**NABEG** Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 405) geändert worden ist.

**VwVfG** Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist.

**RVO vom 18. Mai. 2016** Rechtsverordnung über das Naturschutzgebiet „Pöntertal“ Landkreis Mayen-Koblenz vom 18. Mai 2016. 6 S. Koblenz. Zugriff über URL: <https://naturschutz.rlp.de/Dokumente/rvo/nsg/NSG-7100-307.pdf> [Download am 05.10.2023].

**RVO vom 23. Mai 1980** Rechtsverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Rhein-Ahr-Eifel“ vom 23. Mai 1980. 6 S. Koblenz. Zugriff über URL: <https://naturschutz.rlp.de/Dokumente/rvo/einzelrvo/RVO-7100-19800523T120000.pdf> [Download am 05.10.2023].

### Sonstige Quellen

**MKUEM** (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz) (2023): Landschaftsinformationssystem der Naturschutzverwaltung (LANIS). Kartendienst URL: [https://geodaten.naturschutz.rlp.de/kartendienste\\_naturschutz/index.php](https://geodaten.naturschutz.rlp.de/kartendienste_naturschutz/index.php) [Letzter Abruf am 05.10.2023].